Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Gisela Sengl, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Markus (Tessa) Ganserer, Christina Haubrich, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Eva Lettenbauer, Stephanie Schuhknecht** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Fremdsprachige Beratung beim Krisendienst

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass die „Psychiatrischen Krisendienste“ in Bayern von Beginn an auch Möglichkeiten vorhalten, um kultursensible Einsätze in den gängigen Fremdsprachen durchführen zu können. Dafür prüft die Staatsregierung,

- welche Mindestanforderungen dafür in Bezug auf Qualität und Datenschutz bestehen,
- welche bzw. wie viele Fremdsprachen die bezirklich organisierten Krisendienste mindestens abdecken sollten,
- wie die Einbeziehung eines dritten Teilnehmers, also eines fachlich in Krisenintervention nicht geschulten Übersetzers, in einer Art Telefonkonferenz gestaltet werden kann,
- wie potenzielle Übersetzungsfehler vermieden werden können.

Begründung:

Der Krisendienst in Mittelfranken stellt in eigener Regie türkisch- und russischsprachige und damit kultursensible Krisenberatung zur Verfügung. Der Aufbau eines bayernweiten Krisendienstes beinhaltet die Chance, in ganz Bayern ein Konzept für fremdsprachige und kultursensible Beratung, wenn notwendig, zu etablieren. Hinzugezogen werden könnten auch Organisationen wie der Gemeindedolmetscher-Service für München <https://www.bayzent.de/>, die einen hohen fachlichen Anspruch und eine große Sprachenvielfalt anbieten.

Es geht derzeit nicht darum, den exakten Bedarf vorher zu eruieren, das ist nicht möglich, sondern v. a. die rechtlichen und organisatorischen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen zu definieren, um einen Krisendienstesinsatz im Bedarfsfall auch in einer Fremdsprache abwickeln zu können.